

Antrag D3

Eingang: 04.09.20

Empfehlung Antragskommission:

Abstimmung:	JA:	NEIN:	E:	
-------------	-----	-------	----	--

1 **Dringlichkeitsantrag an die 2. Tagung des 7. Landesparteitages am 19.9.2020**

2 Einreicher: Martina Renner, Katharina König- Preuss, Mathias Günther, Sabine Günther, Steffi
3 Richter- Schmidt, Alette Pommer, Andreas Blume, Matthias Vonderlind, Kathrin Nartschinski,
4 Franziska Lucke, Ilona Burandt, Ralf Kalich, Heidemarie Schwalbe, Beatrice Desor, Patrick Beier,
5 Helmut Hellmann, Ralf Hauboldt, Mario Hesselbarth, Michael Sojka, Diana Hauboldt

6

7 **Solidarität statt Solidarierungsverweigerung!**

8

9 Am 29.08.2020 folgten mindestens 38.000 Personen dem Aufruf der Initiative "Querdenken 711" zu
10 einer in großen Teilen aggressiven Demonstration gegen die Corona-Politik nach Berlin. Vertreten
11 waren auch nahezu alle Strömungen aus dem "Rechtsaußen-Spektrum" wie AfD, NPD, der Dritte
12 Weg und "Die Rechte" sowie Gruppierungen wie die Identitären und Strömungen aus der
13 Reichsbürgerszene.

14

15 Nach einem anfänglichen Verbot ließ das Oberverwaltungsgericht den Aufmarsch zu. Doch schon
16 früh musste der Zug wegen der Weigerung, Abstände einzuhalten, aufgelöst werden. Die
17 Versammlungsleitung war nicht willens, das zu ändern. Schließlich durchbrachen knapp 400
18 Personen u.a. mit Reichsflaggen die Absperrungen zum Reichstag und besetzten die Treppe zum
19 Parlament. Polizeieinsätze gegen Angehörige dieser Szenen waren vor dem Reichstag und der
20 russischen Botschaft notwendig.

21 Wir kritisieren die nachfolgende Verharmlosung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Teilen der
22 Öffentlichkeit. Wer Reichsfahnen schwenkt, sich mit eindeutigen Symbolen und Kleidungsstücken
23 der rechtsextremen Szene schmückt und extrem rechte Parolen grölt, ist kein "Chaot" oder
24 „Randalierer“, sondern ein Neonazi. Und wer mit Neonazis und Reichsbürgern auf die Straße geht
25 und ihnen nicht widerspricht, ist weder besorgter Bürger oder "Coronakritiker", sondern handelt
26 fahrlässig gegenüber der Demokratie und der jüngeren deutschen Geschichte.

27

28 Doch es geht nicht nur um eine fehlende Distanzierung von Neonazis. Zunehmend werden in
29 diesem Spektrum Verschwörungsanschauungen mit antisemitischen Tendenzen übernommen, das
30 demokratische System wird offen abgelehnt und es wächst der Wunsch eines rechten
31 "Volksaufstandes" dagegen. Damit werden offen demokratiefeindliche Strömungen begünstigt.

32

33 **Vor diesem Hintergrund erklärt DIE LINKE. Thüringen:**

34

35 **Mit Nazis demonstriert man nicht!**

36

37 Egal ob in Thüringen oder bundesweit: DIE LINKE hat mit diesem Mosaik der
38 Solidarierungsverweigerer nichts gemein.

39

40 Nach wie vor stellen wir uns gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck. Wir stehen damit auch gegen
41 die Radikalisierung von rechts, die am 29. August in Berlin und auf anderen Veranstaltungen dieser

42 Art zu beobachten ist, und Versuche, diese Radikalisierung von rechts zu relativieren oder zu
43 akzeptieren.
44 Wir stellen uns weiterhin gegen den Versuch, mit Narrativen wie "man müsse die Sorgen ernst
45 nehmen" oder „Proteststimmungen aufnehmen“ Politik nach Rechtsaußen zu öffnen. Unser Credo
46 ist die unteilbare Solidarität - das unterscheidet uns von unsolidarischen Forderungen und
47 Vorstellungen in diesem Milieu, in dem Demokratiefeindlichkeit über den organisierten rechten
48 Rand hinausreicht.
49 Über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg suchen wir Bündnisse mit allen
50 anderen Menschen, welche willens sind, die demokratische Gesellschaft angesichts der am 29.08.
51 erneut sichtbar gewordenen Gefahr zu schützen. Das schließt die Kooperation mit
52 zivilgesellschaftlichen und politischen Partnern im demokratischen Spektrum ein.